

## Klausurtagung des Bundesrates vom 20. Dezember 1974

---

09.00 - 13.15 Uhr

(Protokollnotiz)

**Anwesende Experten:** Herren Leutwiler, Hay, Schürmann;  
Jolles; Bieri; Bonny; Kaiser;  
Kneschaurek; Schlumpf; Würgler; Zwahlen.

**Behandelte Themen:**

- 1 Konjunkturlage und Konjunkturaussichten
  - 11 Weltwirtschaft
  - 12 Schweizerische Wirtschaft
  - 13 Währungslage
  - 14 Einzelfragen
- 2 Konjunkturpolitischer Kurs
  - 21 Inflationsbekämpfung und Sicherung einer befriedigenden Beschäftigungslage
  - 22 Geldpolitik
  - 23 Kreditbeschränkung
  - 24 Einkommenspolitische Flankierung
- 3 Währungspolitisches Abwehrdispositiv

## 1 Konjunkturlage und Konjunkturaussichten

(Orientierung durch die Experten)

### 11 Weltwirtschaft

(Würgler)

Wirt-  
schafts-  
wachs-  
tum

Die Weltwirtschaft steht 1975 im Zeichen der Rezession. Für die USA, deren Potential die Weltwirtschaft am stärksten beeinflusst, wird auch im nächsten Jahr mit einem Rückgang des realen Bruttosozialproduktes gerechnet (1974: minus 1 1/2 %; 1975: minus 2 %). In Kanada und Frankreich dürfte sich die Expansion abschwächen. In Grossbritannien wird das reale Wachstum weiterhin um Null liegen und in Italien, nach knapp 5 % in diesem Jahr, 1975 negativ ausfallen. In Japan dagegen wird ein Umschwung von minus 3 auf plus 2 % prognostiziert und in der BRD mit einer Zunahme des Realwachstums von 1 auf 2 1/2 % gerechnet.

Voll-  
beschäf-  
tigung

Die Zahl der Arbeitslosen, die seit 1973 in den OECD-Staaten um 2 Mio. gestiegen ist, wird sich nochmals um etwa 4 Mio. erhöhen. Mit steigenden Arbeitslosenzahlen ist vor allem in den USA, aber auch in Europa und selbst in der BRD - die für die zweite Hälfte 1975 einen Wiederaufschwung erwartet - zu rechnen.

Preis-  
stabi-  
lität

Trotz der schwachen Konjunktur wird der Preisauftrieb in den OECD-Staaten - durchschnittlich 15 % in diesem Jahr - auch 1975 hoch bleiben (die OECD schätzt die durchschnittliche Teuerung für 1975 auf 11 %). Italien, Grossbritannien und Frankreich rechnen weiterhin mit hohen Teuerungsraten, Japan mit 15 %, die USA mit 10 % und die BRD mit 5 - 6 %. Diese relative Preisstabilität der BRD (Schweiz 7 - 8 %) wird deren Exportfähigkeit weiter stärken.

Aussen-  
wirt-  
schaft-  
liches  
Gleich-  
gewicht

In den Zahlungsbilanzen der einzelnen Länder werden sich 1975 grosse Unterschiede ergeben. Einerseits wird für die BRD und für die Niederlande mit relativ hohen Ueberschüssen gerechnet. Andererseits erwarten die Fachleute für die USA, Frankreich, Italien, Grossbritannien und zahlreiche kleinere OECD-Länder hohe und zum Teil noch steigende Defizite. Eine Ausnahme bildet Japan, für dessen Leistungsbilanz-nach einem Fehlbetrag von annähernd 5 Mrd. Dollar in diesem Jahr-für 1975 ein ausgeglichenes Ergebnis vorausgesagt wird.

Aus-  
blick  
1976

Ein Lichtblick zeigt sich für 1976. Die Rezession dürfte sich nicht weiter fortsetzen und der Welthandel erneut aufleben. Vor allem die USA rechnen mit einem Wiederaufschwung und mit einer realen Wachstumsrate für 1976 von 2 - 3 %.

## 12 Schweizerische Wirtschaft

### 121 Binnenwirtschaft

(Knéschaurek, Bonny)

Bau-  
wirt-  
schaft

Der Baubranche kommt binnenwirtschaftlich eine zentrale Bedeutung zu. Zur Deckung unseres langfristigen Baubedarfs ist ein Leistungsvermögen der Bauwirtschaft von etwa 70 - 75 % des 1973er-Standes notwendig. Die Bauwirtschaft ist sich dessen bewusst und auch gewillt, ihre Produktionskapazität entsprechend herabzusetzen. Dieser Rückbildungsprozess scheint nun aber zu rasch abzulaufen und zu weit nach unten zu führen.

Beschäf-  
tigungs-  
lage

Ein Belegschaftsabbau im Baugewerbe von 30 % würde einer Freisetzung von 70'000 Arbeitskräften gleichkommen. Auch wenn man annimmt, dass 1975 die Zahl der Saisoniers nochmals um 25' - 30'000 reduziert wird, dürften sich doch Schwierigkeiten bei der Neuplazierung der freigesetzten Arbeits-

kräfte ergeben. Dies umsomehr, als neben dem Baugewerbe die Autobranche, das graphische Gewerbe, die Fremdenindustrie und der Detailhandel Schwierigkeiten bekunden und freigesetzte Arbeitskräfte inskünftig auch nicht mehr ohne weiteres in der Exportwirtschaft Aufnahme finden dürften. Die Gefahr einer gewissen Arbeitslosigkeit - insbesondere in den wirtschaftlich schwächeren Regionen - kann daher auch bei uns nicht ausgeschlossen werden.

## 122 Aussenwirtschaft

(Jolles)

Weiterhin  
ausge-  
glichene  
Ertrags-  
bilanz

Unser reales Exportwachstum dürfte 1974 bei 5 1/2 % liegen, das Handelsbilanzdefizit knapp 8 Mrd. Franken betragen und die Ertragsbilanz ausgeglichen, ja eher etwas positiv sein.

Wende  
in der  
Export-  
wirt-  
schaft

In den meisten Zweigen unserer Exportwirtschaft war die Lage bis zum Sommer dieses Jahres gut. Seither ist als Folge der drastischen Ölvertéuerung und der daraus resultierenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten bei vier unserer fünf Haupthandelspartner eine Wende eingetreten. Seit Oktober wird diese Wende besonders deutlich, ohne dass aber unmittelbar bevorstehende Beschäftigungseinbrüche drohen.

Ein-  
zelne  
Indu-  
strie-  
zweige

Die Maschinen- und Apparateindustrie verfügt über Auftragsbestände für 9 - 10 Monate. Die Lage der chemischen Industrie ist nach wie vor gut; ihre Wachstumsraten werden 1975 allerdings nicht mehr so hoch sein wie in den vergangenen Jahren. In der papierverarbeitenden Industrie sind die Auftragseingänge weniger zahlreich als vor einem halben Jahr. Uhren- und Nahrungsmittelindustrie melden befriedigende Geschäfte und normale Bestellungseingänge. Die Gummi- und Kunststoffindustrie rechnet mit einem gedämpften Wachstum. In der Textil-, Leder- und Schuhindustrie ist der Geschäfts-

gang schlecht, der Bestellungenrückgang am ausgeprägtesten. Eine gewisse Wiederbelebung verzeichnet die Bekleidungsindustrie.

Für den Geschäftsgang in unserer Aussenwirtschaft sind folgende Faktoren entscheidend:

Rückläufiges Export- und Importwachstum

A. Die konjunkturelle Entwicklung auf den Absatzmärkten (die OECD weist rückläufige Tendenzen sowohl beim realen Export- als auch Importwachstum aus).

Zahlungsfähigkeit wichtiger Abnehmerländer

B. Die Finanzierung der Oeldefizite (vier unserer Haupthandelspartner, nämlich die USA, Grossbritannien, Frankreich und Italien sind Defizitländer; 20 % unserer Exporte gehen in Entwicklungsländer, die von der Oelteuerung am stärksten betroffen werden; für die weitere Entwicklung unserer Exporte dürfte somit die Lösung dieses Finanzierungsproblems von entscheidender Bedeutung sein).

Protektionistische Tendenzen

C. Der freie Marktzugang (mit steigenden Zahlungsbilanzdefiziten und internen Rezessionserscheinungen nimmt bei wichtigen Handelspartnern die Gefahr protektionistischer Massnahmen zu).

Vermehrte Exportanstrengungen der Defizitländer

D. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Exportwirtschaft. (Die Konkurrenz auf unseren Aussenmärkten verstärkt sich dadurch, dass die Defizitländer, die auf diesen Märkten mit uns in Wettbewerb stehen, zusätzliche Exportanstrengungen zur Reduktion ihrer Defizite unternehmen).

Wettbewerbsvorsprung unserer Exportwirtschaft

Für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Exportwirtschaft ist zunächst die Inflationsrate von Bedeutung. Von dieser Seite her dürfte sich gegenüber unseren Konkurrenten (Ausnahme BRD) ein Wettbewerbsvorsprung ergeben. Im Wettbewerb be-

Wettbewerbs-  
nachteil  
unserer  
Export-  
wirt-  
schaft

nachteiligt<sup>ist</sup> unsere Exportwirtschaft dagegen gegen-  
über jenen Ländern, die die Zinse für Exportkre-  
dite verbilligen. Der gravierendste Nachteil er-  
wächst ihr aber durch die Entwicklung des Schwei-  
zerfrankenurses. Im gewichteten Durchschnitt unse-  
rer Ausfuhren beträgt der Aufwertungseffekt des  
Schweizerfrankens allein in den letzten zwei Mona-  
ten 15 %. Gegenüber der DM erfuhr der Schweizer-  
franken im gleichen Zeitraum eine Aufwertung von  
5 auf 11 1/2 %; bezogen auf die Drittkonkurrenz  
am deutschen Markt stieg der Aufwertungssatz von  
26 auf 41 %.

Dieses Steigen des Schweizerfrankenurses führt  
mehr und mehr zu Auftragsannullierungen.

1975 wird sich die Aussenwirtschaftspolitik vor allem zu  
konzentrieren haben auf die

Schwerpunkte  
der künftigen Aussen-  
wirt-  
schafts-  
politik

- Absicherung gegen eine weitere Aufwertung  
des Schweizerfrankens;
- Verstärkung der Exportpolitik, zu der die  
Aktivierung der Handelsförderung und die  
Ausschöpfung der ERG-Reserven gehören (die  
Handelsabteilung wird zuhanden des Bundes-  
rates ein Papier ausarbeiten, das über die  
Möglichkeiten der ERG und IRG orientiert).

### 13 Währungsfrage

(Leutwiler, Schürmann)

Zustrom  
fremder  
Gelder

Der Zustrom fremder Gelder und damit die Nachfrage nach  
Schweizerfranken hält an. Das wieder eingeführte Verzin-  
sungsverbot und die Kommissionsbelastung (Negativzins)  
von 12 % pro Jahr vermochten die Aufwärtsbewegung des  
Schweizerfrankenurses nur vorübergehend zu unterbrechen.

Auswirkungen auf den Kapitalmarkt  
 Verschiedene arabische Länder haben feste Anlagepläne, die bei aller Diversifikation eine Präferenz für den Schweizerfranken erkennen lassen. Einerseits wirkt sich dieser Drang zum Schweizerfranken günstig auf unseren Anlagemarkt aus.

Auswirkungen auf den Schweizerfrankenkurs  
 Anleihen werden wieder überzeichnet und die Kapitalzinsätze tendieren nicht weiter nach oben. Andererseits treibt diese Anlagepräferenz aber auch den Kurs des Schweizerfrankens weiter in die Höhe; eine Kursentwicklung, die unserer Export- und Fremdenverkehrsindustrie schwer zu schaffen macht. Dies umsomehr, als das Vertrauen zur DM seit dem Zusammenbruch der Herstatt-Bank gelitten hat und die DM im Vergleich zum Schweizerfranken zunehmend schwächer wurde.

Die Stimmen mehren sich, dass unsere Exportindustrie die Schwierigkeiten zu meistern vermöchte, die ihr aus der weltweiten Rezession erwachsen, aber nicht mehr zurechtkommen könnte, weil der zu hohe Schweizerfrankenkurs ihre Konkurrenzfähigkeit entscheidend beeinträchtigt.

Frage der Existenzgrenze für die Exportwirtschaft

Die Frage stellt sich, bei welcher Paritätsschwelle des Schweizerfrankens die Existenzgrenze für unsere Exportwirtschaft liegt und welche Massnahmen allenfalls ergriffen werden müssten, wenn der Schweizerfranken nicht nur vorübergehend in die Nähe dieses Schwellenwertes steigen sollte. Auch dabei dürfte es keine Patentrezepte geben und der Erfolg selbst dann nicht garantiert werden können, wenn zur Normalisierung des Schweizerfrankenkurses Massnahmen eingesetzt würden, die das Ende des internationalen Finanzplatzes Schweiz bedeuteten.

Dass solche Massnahmen wohl vorbereitet werden müssen und ihr Einsatz nur in Frage kommen kann, wenn es für unsere Exportwirtschaft um die Weiterexistenz geht, versteht sich von selbst.

Weitere  
Entwick-  
lung des  
Schweizer-  
franken-  
kurses

Sollte der Aufwärtsdruck auf den Schweizerfranken nach dem Jahresultimo wirklich abnehmen - wie das etwa der BIZ-Präsident glaubt - würde unserer Wirtschaftspolitik eine Prüfung erspart, wie sie schwerer wohl noch kaum bestanden werden musste. Die Zeichen für eine solche Entwicklung stehen aber leider nicht allzu gut. Zunächst scheint der Anteil der Repatriierungen an den Kapitalzuflüssen nur unbedeutend zu sein (über die Art der Zuflüsse geben die Bankbilanzen erst ex post Aufschluss). Zweitens vermochte die Abdeckung der Jahresultimo-Bedürfnisse der Banken durch beträchtliche Dollar-Swapoperationen der Nationalbank den Dollarkurs nicht zu festigen und drittens - und das bildet die Hauptsorge - dürfte sich 1975 in den OPEC-Staaten erneut ein Dollarüberhang von 60 - 65 Mrd. anhäufen.

#### 14 Einzelfragen

##### 141 Internationale Zusammenarbeit

Die Erkenntnis gewinnt an Boden, dass die Probleme nur durch koordiniertes internationales Handeln zu meistern sind, dass die Oelproduzenten und Oelkonsumenten gemeinsame Interessen haben und dass aus "Wirtschaftskriegen" letztlich alle als Verlierer hervorgehen.

Recycling  
von  
Petro-  
Dollars

Insbesondere werden auf internationaler Ebene Anstrengungen unternommen, um die Petro-Dollars wieder einer produktiven Verwendung zuzuführen (Recycling). Ein Sonderfonds, ausgestattet mit 3 Mrd. Dollars, die überwiegend als Kredite in Oelländern aufgenommen worden sind, ist Anfang dieses Jahres im Rahmen des Internationalen Währungsfonds für die von der Oelpreiserhöhung besonders stark betroffenen Länder geschaffen worden. Es besteht die Absicht, diesen Fonds auf der nächsten Tagung der Zehner-Gruppe Mitte Januar 1975 erheblich aufzustocken (auf 10 Mrd. Dollar). Die USA haben

allerdings Vorbehalte gegen diese speziellen Oel-Sonderziehungsrechte (Oel-Fazilitäten). Sie propagieren den sogenannten Kissinger-Fonds über 25 Mrd. Dollar, der nicht an die Weltbank oder den Währungsfonds angelehnt werden soll, von dem aber über die Geldmengenausweitung ein neuer Inflationsschub ausgehen könnte. Amerika sähe es lieber, wenn der Internationale Währungsfonds seine eigenen Goldreserven zur Mittelbeschaffung mobilisieren würde, anstatt Kredite bei den Oelländern aufzunehmen.

Die 16 Länder der Energieagentur haben sich auf das weitere Vorgehen geeinigt. Ihre Anstrengungen werden sie vor allem auf die Versorgungssicherung (nicht zuletzt durch Gespräche mit den Produzenten), auf neue Energieträger und ihre preisliche Absicherung gegen die Oelkonkurrenz sowie auf die Erarbeitung von Richtlinien für die Investitionspolitik konzentrieren.

Sonderfall  
Schweiz

Wohl wird von den Oelproduzenten eingesehen, dass die Weiterexistenz der Industrieländer auch in ihrem Interesse liegt. Was die Oelländer dagegen noch nicht zur Kenntnis genommen haben, ist der Sonderfall Schweiz. Wir sollten insbesondere mit dem Iran, Saudiarabien und den Scheichtümern Gespräche aufnehmen und den Regierungen dieser Staaten unser Kursproblem verständlich zu machen versuchen.

Die Einsicht, dass nur koordinierte internationale Aktionen die Probleme in unserer Welt zu lösen vermögen, hat sich auch positiv auf die übrigen Bereiche der Aussenwirtschaftspolitik ausgewirkt.

Gemeinsame handelspolitische Anstrengungen

Auf dem Gebiet der Handelspolitik werden die Anstrengungen fortgesetzt, um protektionistische Tendenzen abzuwenden und den erzielten Liberalisierungsgrad im internationalen Handelsverkehr zu wahren. So sollen die im Rahmen der OECD eingegangenen Verpflichtungen, auf handelspolitischem Ge-

biet auf restriktive Massnahmen zu verzichten, verlängert werden. Nach der Verabschiedung der amerikanischen Handelsgesetze wird auch die am 11. Februar 1975 beginnende nächste GATT-Runde im Zeichen der Bemühungen um eine weitere Liberalisierung des Welthandels stehen. Uebereinstimmung herrscht darin, dass die dramatischen Aenderungen in der Weltwirtschaft die Dringlichkeit neuer Bemühungen um eine Handelsliberalisierung nicht verringert, sondern eher noch vergrössert haben.

Währungs-  
politische  
Zusammen-  
arbeit  
mit der  
deutschen  
Bundes-  
bank

Auf währungspolitischem Gebiet steht die Nationalbank in engem Kontakt mit der deutschen Bundesbank; allfällige Massnahmen werden gegenseitig abgesprochen. Allerdings hat die deutsche Bundesbank in ihrer Wechselkurspolitik vermehrt auf die Bedürfnisse und Wünsche der Politik des Bundeskanzlers Rücksicht zu nehmen, der mit seiner Erklärung, eine weitere Schwächung des Dollars, also eine Erstarkung der DM und die daraus resultierende Exportdrosselung und Importverbilligung, passe in sein Konzept, die währungspolitische Linie vorgezeigt hat.

#### 142 Anlagepolitik

Hinder-  
nisse  
gegen  
auslän-  
dische  
Anlage-  
wünsche

Die schweizerische Wirtschaft verhält sich arabischen Anlagewünschen gegenüber eher zurückhaltend. Diese Wünsche scheinen vor allem auf eine Beteiligung an Grossbanken zu zielen. Dagegen böte auch die Umwandlung der Inhaberaktien in Namenaktien nur beschränkten Schutz. Zu überlegen wäre, ob nicht zusätzliche administrative Hindernisse, wie sie in andern Ländern schon bestehen, aufgebaut werden könnten. Fälle wie Krupp und insbesondere Daimler-Benz wären in der Schweiz politisch wohl kaum zu verkraften.

Möglicherweise werden arabische Anlagewünsche von unserer Wirtschaft etwas zu skeptisch beurteilt. Insbesondere bei Iran und Saudiarabien könnte man sich vorstellen, dass sie

die Gesetze der freien Marktwirtschaft respektierten. Solche Anlagen hätten aber Konversionen von Dollar in Schweizerfranken und damit eine weitere Aufwärtsbewegung unserer Währung zur Folge. Dieses für unser Land existentielle Problem muss den potentiellen Anlegern klar gemacht werden.

Anlage  
der Petro-  
Dollars  
und Oel-  
förderung

Eine organische Lösung fände das Petrodollarproblem, wenn sich die Oelproduzenten zu Investitionen in Entwicklungsländern entschliessen könnten, zu denen sie die Dollars, wir die Ware und das technische know how beitrügen. Die Oelproduzenten suchen aber Anlagen in Industrieländern. Sollten sich diese den Anlagewünschen verschliessen, wäre eine Drosselung der Oelförderung mit allen wirtschaftlichen Nachteilen nicht auszuschliessen.

#### 143 Sicherheit des schweizerischen Bankensystems und Verhalten der Grossbanken

Solvenz  
der  
Schweizer-  
banken

Die goldene Bankregel, wonach kurzfristige Gelder nicht in langfristige Anlagen geleitet, also keine sogenannten roll overs getätigt werden sollen, wird von unseren Grossbanken wieder vermehrt befolgt. Ihre Solvenz und Liquidität gibt zu keinerlei Bedenken Anlass. Anders steht es bei einzelnen Regionalbanken, die sich im Inlandsektor übernommen haben. Sollten sich Schwierigkeiten ergeben, steht ein Hilfsapparat bereit, der die Bankgläubiger vor Verlusten schützt.

Offizieller  
Devisenmarkt  
in der  
Schweiz

Von Grossbanken, deren Präsidenten oder Direktoren als Anlageberater für Oelproduzenten tätig sind, kann kein Verhalten erwartet werden, das den Schweizerfrankenkurs entlastet und damit im Gesamtinteresse unseres Landes liegt. Die Möglichkeiten, das grosse Geld zu verdienen, stehen dem im Wege. Es ist zu prüfen, ob nicht auch in unserem Land ein offizieller Devisenmarkt organisiert werden muss.

144 Multinationale Gesellschaften

Verlage-  
rung der  
Produktion

Die Kursentwicklung des Schweizerfrankens birgt die Gefahr, dass unsere Multis ihre Produktion vermehrt ins Ausland verlegen. Neue Investitionsprogramme werden aufgestellt und neue Standorte (beispielsweise Rumänien) geprüft. Welcher Verlust durch eine solche Verlegung unserem Land entstehen könnte, wird klar, wenn man sich die Investitionen unserer Multis vergegenwärtigt, die sich beispielsweise bei BBC auf 600 Mio. und bei Ciba auf 400 Mio Franken im Jahr beziffern.

145 Zusammenfassung

- Die Schweiz muss sich bei den internationalen Aktionen auf dem Energiesektor, in der Handelspolitik ganz allgemein und auf dem Währungssektor intensiv engagieren.
- Die Kontakte mit den OPEC-Staaten, insbesondere mit Iran, Saudiarabien und den Scheich-tümern müssen verstärkt werden. Es ist eine Strategie zu entwickeln, die es ermöglicht, diesen Ländern das währungsparitätsbedingte Sonderproblem Schweiz verständlich zu machen.
- Der Gefahr der kapitalmässigen Ueberfremdung der Schweiz muss volle Aufmerksamkeit geschenkt werden; die Möglichkeit administrativer Barrieren gegen fremde Anlagen ist zu prüfen. Unsere Wirtschaft muss beraten werden, wenn sie mit Anlagewünschen konfrontiert wird.

## 2 Konjunkturpolitischer Kurs

### 21 Inflationbekämpfung und Sicherung einer befriedigenden Beschäftigungslage

Inflations-  
bekämpfung  
und Beschäftigungs-  
sicherung

Ziel unserer Konjunkturpolitik muss es sein, einen Weg zwischen der nach wie vor erstrangigen Inflationbekämpfung und der Vermeidung rezessiver Einbrüche zu finden. Die schrittweise Annäherung an die Geldwertstabilität durch eine Verstetigung der Geldmenge bildet den unverrückbaren Rahmen. Gezielte realwirtschaftliche Konjunktur- und Beschäftigungsimpulse sind mit spezifischen Massnahmen aus dem Gebiet der Finanzpolitik auszulösen.

Vorerst geht es darum, die in Kraft stehenden Dämpfungsmassnahmen auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse auszurichten. Noch nicht zur Diskussion stehen im jetzigen Zeitpunkt die Freigabe von Arbeitsbeschaffungsreserven, der Einsatz des Eventualhaushaltes und Massnahmen gestützt auf das Bundesgesetz über die Vorbereitung der Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung.

### 22 Geldpolitik

Geld-  
mengen-  
zuwachs

Für 1975 wird eine Ausweitung der monetären Basis (Banknotenumlauf und Giroguthaben der Banken bei der Notenbank) von 6 % oder etwa 1,5 Mrd. Franken in Aussicht genommen. Das bedeutet für die Geldmenge  $M_1$ , also für jene Geldmenge, die der Wirtschaft für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs zur Verfügung steht, eine Ausweitung um etwa 3 - 3,5 Mrd. Franken (für  $M_1$  liegt der Multiplikator in der Schweiz bei 2). Diese 6 % sollen kein starres Limit sein, sondern laufend überprüft und wenn nötig neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden.

### 23 Kreditbeschränkung

Global-  
bewilli-  
gung für  
Wohnungs-  
bau und  
Infra-  
struktur

Die Kreditzuwachsbeschränkung soll auf 7 % belassen werden. Die Nationalbank erklärt sich bereit, alle nicht luxuriösen Wohnbau- und Infrastrukturprojekte zu bewilligen, für die der Finanzierungsnachweis vorliegt.

Diese Regelung ist der von der Bauwirtschaft verlangten Ausklammerung dieser Bauprojekte aus der Kreditbeschränkung vorzuziehen. Die Ausklammerung hätte die Reduktion der Kreditzuwachsrate auf 4 % notwendig gemacht, was bei der unterschiedlichen Geschäftstätigkeit verschiedene Banken in Schwierigkeiten geführt und möglicherweise höchst unerwünschte Reduktionen der Exportkredite gezeitigt hätte.

Massnah-  
men für  
wirt-  
schaft-  
lich  
schwache  
Regionen

Die Globalbewilligung für den nicht luxuriösen Wohnungsbau und die Infrastrukturvorhaben macht den Härtefonds überflüssig. Sie bringt insofern eine Erleichterung, als von den Banken kein Quotenopfer mehr verlangt wird, wie das beim Härtefonds grundsätzlich der Fall war. Um den Bedürfnissen der wirtschaftlich schwächeren Gebiete auch nach dem Wegfall des Härtefonds gerecht werden zu können, sollte die Härtefondskommission ihre Tätigkeit fortsetzen und weiterhin für vermehrte Finanzierungsmöglichkeiten in wirtschaftlichen Randregionen - beispielsweise durch ein entsprechendes Antragsrecht an die Notenbank - sorgen.

Für diese Problemregionen, deren Wirtschaft vielfach vom Baugewerbe und vom Fremdenverkehr getragen und damit heute besonders stark betroffen wird, ist die Inkraftsetzung des Investitionshilfegesetzes für Berggebiete und des neuen Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes (das u.a. die gesetzliche Grundlage für die Weiterführung der Regional- und Ortsplanung enthält) von entscheidender Bedeutung. Diese Gesetze erlauben, in den schwächeren Regionen gezielte realwirtschaftliche Konjunktur- und Beschäftigungsimpulse auszulösen.

## 24 Einkommenspolitische Flankierung

Schwer-  
punkte  
der  
Preis-  
über-  
wachung

Die Preisüberwachung wird sich auch inskünftig auf jene Marktbereiche zu konzentrieren haben, in denen Wettbewerb und Preiselastizität weitgehend fehlen. Hier besteht die Tendenz, rückläufige Absatzmengen durch steigende Preise zu kompensieren. Weitere zentrale Aufgaben der Preisüberwachung werden der Kampf gegen die Margenautomatik auf den verschiedenen Produktions- und Handelsstufen sowie die Weitergabe währungsbedingter Importverbilligungen an den Letztverbraucher sein. Hier stellt sich allerdings ein rechtliches Problem, da der Preisüberwachungsbeschluss keine Herabsetzung nominal unverändert bleibender Preise erlaubt.

Revision  
des  
Kartell-  
gesetzes

Die Revision des Kartellgesetzes ist voranzutreiben und insbesondere das Instrumentarium zu schaffen, das ein Vorgehen gegen ein starres Festhalten an überhöhten Preisen durch marktmächtige Unternehmen erlaubt.

Bre-  
chung  
des  
Preis-  
auftriebs

Es muss alles getan werden, um den Preisauftrieb deutlich zu brechen. Die Verbesserung der Preisstabilität und die Bereitschaft zur Abwehr von Arbeitslosigkeit dürften es den Gewerkschaften erleichtern, in ihrer Lohnpolitik Zurückhaltung zu üben.

## 3 Währungspolitisches Abwehrdispositiv

Die Kursentwicklung des Schweizerfrankens stellt für unsere Exportwirtschaft - wie ausgeführt - eine zunehmende Bedrohung dar. Es muss alles vorbereitet werden, um nötigenfalls - das heisst wenn es um die Existenz unserer Exportwirtschaft geht - auch mit einschneidenden, nur schwer praktikablen, gegen bis jetzt hochgehaltene Prinzipien und

internationale Abmachungen verstossenden, selbst die Korruption fördernden Massnahmen eingreifen zu können. Es kommen folgende Vorkehren in Frage:

- Interventionen der Nationalbank am Devisenmarkt. (Die vorgelegte Verordnung über die Stilllegung von Schweizerfranken aus Interventionen am Devisenmarkt gab zu keiner Diskussion Anlass; über die Wirksamkeit solcher Interventionen bestehen grösste Zweifel).
- Erhöhung der Kommissionsbelastung und Ausdehnung des Verzinsungsverbot auf alle ausländischen Franken-Guthaben, d.h. auch auf solche, die vor dem 31. Oktober 1974 zugeflossen sind. (Die Aenderung der Verordnung über Massnahmen gegen den Zufluss ausländischer Gelder ist ausgearbeitet).
- Anlageverbot ausländischer Gelder in inländischen Wertpapieren. (Ist als Barriere gegen Uebernahmen schweizerischer Unternehmen durch Oelförderländer und damit gegen Dollar-Konversionen in Schweizerfranken gedacht. Es stellt die letzte Vorkehr gegen solche Uebernahmen dar, wenn alle Möglichkeiten aktienrechtlicher, administrativer oder anderer Art ausgeschöpft sind. Der vorgelegte Verordnungsentwurf ist nochmals auf seine rechtliche Durchsetzbarkeit zu überprüfen. Ferner dürfen die Oelförderländer dieses Anlageverbot nicht als gegen sie gerichtete Massnahmen empfinden. In der Verordnung muss die Möglichkeit von Anlagen vorgesehen werden, auf welche die in den Gesprächen hingewiesen werden kann, wenn es den Sonderfall Schweiz zu erklären gilt).

Dollar-  
käufe

Erhöhung  
des  
Negativ-  
zinses

Anlage-  
verbot

Spaltung  
des  
Devisen-  
marktes

- Devisenbewirtschaftung, d.h. Aufteilung der Geldüberweisungen nach der Schweiz in sogenannte kurante Zahlungen (Warenverkehr, Kapitalerträge, Dienstleistungsverkehr) zu einem festen Kurs und nicht kurante Zahlungen (Finanztransaktionen) zum Devisenkurs (Massnahme der äussersten Not, die die marktwirtschaftlichen Gesetze aus den Angeln hebt).

Der Bundesrat wird sich mit dem währungspolitischen Abwehrdispositiv und den entsprechenden Verordnungen anlässlich einer ordentlichen Sitzung anfangs 1975 erneut befassen.

Für das Protokoll

Fröhlicher

30. Dezember 1974